Nr. 367 ♦ 37. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 46

Abend-Ausgabe

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

20 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 30,— Mk., monatl. 10,— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10,— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 16,50 Mk., für das übrige Ausland bei täglich einmal. Zustellung 21,50 Mk. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 3,— Mk., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 1,— Mk. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 2,— Mk., politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 2,— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Freitag, den 23. Juli 1920

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Polen vor der Entscheidung.

Paris, 23. Juli (TU.). **Wie aus Warschau gemeldet wird, sind zwanzig frische bolschewistische Divisionen herangeführt worden und sind an der Offensive im Norden zwischen Suwalki und Augustowo beteiligt. In Kürze soll eine Entscheidungsschlacht stattfinden. Wie weiter gemeldet wird, bereiten die Polen die Räumung von Bjelostok vor.**

Paris, 23. Juli. (Meld. des Holl. Nieuwsbureaus.) **Hier liegen Nachrichten über die Räumung Warschaus durch die Zivilbevölkerung vor. Genaue Einzelheiten über die Lage an der polnischen Front fehlen jedoch, da seit zwei Tagen kein amtlicher polnischer Bericht mehr eingetroffen ist.**

*

Nach einer Warschauer Meldung des „Hamburger Fremdenblatts" ist dort ein Funkspruch aus Moskau eingetroffen, in dem die Bolschewisten die Vermittlung von dritter Seite ablehnen und direkte Verhandlungen mit der polnischen Regierung verlangen. Nach Eingang dieses Funkspruchs trat der Verteidigungsrat zusammen. In erster Linie wurde beschlossen, ein Ministerium der nationalen Verteidigung zu bilden. An diesem werden alle Parteien, einschließlich des linken Zentrums, beteiligt sein. Für das Außenministerium ist der Sozialdemokrat Daszynski ausersehen. Gleichzeitig wurde ein Funkspruch formuliert, in dem sich die neu gebildete Regierung im Namen Polens an die Räteregierung mit der Bitte um Waffenruhe wendet.

Die Danziger Arbeiter boykottieren die polnische Armee.

Danzig, 23. Juli. Wie die Danziger Zeitung meldet, ist gestern morgen im Hafen von Neufahrwasser ein polnischer Dampfer mit Kriegsmaterial für Polen eingelaufen, den die Hafenarbeiter mittags entladen sollten. Da die Arbeiter sich weigerten, diese Arbeit auszuführen, bemühte sich der polnische Vertreter um die Vermittlung des christlichen und des deutschen Transportarbeiterverbandes und begab sich mit den Führern der Organisationen nach Neufahrwasser. Eine Einigung kam jedoch nicht zustande, da die Arbeiter drohten, die gesamte Hafenarbeit zum Stillstand zu bringen, wenn einige Arbeitswillige die Arbeit aufnehmen würden, die Organisationsvertreter haben daraufhin ihre Vermittlungstätigkeit eingestellt.

Oesterreich und Deutschland.

Wien, 23. Juli. Die Nationalversammlung erledigte eine Reihe von Gesetzentwürfen, darunter das fünfmonatige Budgetprovisorium bis Ende 1920. Der großdeutsche Abgeordnete Schürff brachte einen Antrag ein, wonach mit den Wahlen zur Nationalversammlung am 17. Oktober unter voller Beachtung der in Artikel 88 des Staatsvertrages von St. Germain enthaltenen Verpflichtungen eine Volksabstimmung verbunden werden soll, um den Willen der österreichischen Wählerschaft hinsichtlich des Anschlusses Oesterreichs an Deutschland festzustellen.

Italien und die Sowjetregierung.

Rom, 22. Juli. „Avanti" erfährt, daß die italienische Regierung dem Vertreter der Sowjetregierung Wodowosky einige Vorrechte zugestanden habe, die gewöhnlich den diplomatischen Agenten bewilligt werden.

Caillaux lehnt eine Begnadigung ab.

Paris, 23. Juli. Die Sozialisten hatten gestern im Verlaufe der Amnestiedebatte in der Kammer den Antrag gestellt, daß auch die wegen politischer Vergehen Verurteilten in die Reihe der Begnadigten einbegriffen sein sollten. Caillaux' Advokat de Moro Giafferi erklärte jedoch Caillaux wolle keine Begnadigung, und änderte den sozialistischen Antrag dahin um, daß die Verurteilungen des Staatsgerichtshofes von der Begnadigung ausgeschlossen sein sollten. Der Gesamtantrag wurde aber mit 402 gegen 204 Stimmen abgelehnt.

Litauen und Polen.

Kowno, 22. Juli. (Litauische Telegraphen-Agentur.) Zwischen der gestern nach Kowno zurückgekehrten litauischen Delegation und der Leitung der russischen Truppen in Wilna wurde für die Zeit, in der die russischen Truppen aus strategischen Gründen auf litauischem Boden stehen müssen, eine vorläufige Demarkationslinie zwischen den litauischen und den russischen Truppen festgesetzt. Sie verläuft von Svienziany über Neu-Troky nach Orany und Grodno. In Wilna arbeitet eine litauische Kommandantur.

Um die Lage der vorläufig von russischen Truppen besetzten litauischen Gebiete zu klären, hat das Ministerkabinett beschlossen, eine Abordnung nach Riga, eventuell nach Moskau zu entsenden, die mit den Sowjetbehörden verhandeln soll.

Die Türkei unterzeichnet.

Amsterdam, 23. Juli. „Times" meldet aus Konstantinopel: Die Regierung beschloß, Reschid Bei in Paris telegraphisch zu beauftragen, den Ententemächten mitzuteilen, daß die Türkei den Friedensvertrag unterzeichnen wird und daß die mit der Unterzeichnung beauftragten Delegierten so schnell wie möglich nach Paris reisen werden.

Vandervelde als Ankläger?

Wir haben heute morgen hier gesagt, daß wir auf Vanderveldes Antwort auf die deutsche Denkschrift an den Sozialistenkongreß über die Frage der Kriegsschuld ausführlich erst eingehen wollen, sobald die der Oeffentlichkeit noch gar nicht bekannte Denkschrift veröffentlicht sein wird. Wir hoffen bis dahin auch den offiziellen Wortlaut der belgischen Gegenschrift in Händen zu haben und nicht auf einen telegraphischen Bericht angewiesen zu sein, den zur Grundlage einer Polemik zu machen einigermaßen gefährlich ist. Einstweilen sei nur gesagt, daß es uns schwer fällt, den telegraphischen Bericht für richtig zu halten und daß wir sehr erstaunt wären, wenn er richtig wäre.

Es soll den Mehrheitssozialisten der Vorwurf gemacht worden sein, daß sie nicht gegen die Verletzung der belgischen Neutralität protestierten. Als die belgische Neutralität verletzt wurde, gab es in Deutschland noch eine einige Sozialdemokratische Partei. Die psychologischen Gründe dieser damals von der ganzen Partei begangenen Unterlassung sind in der deutschen Denkschrift dargelegt.

Wir sollen „kaum ein Wort des Tadels" gegen die Verschleppung französischer und belgischer Arbeiter geäußert haben. Vandervelde muß wissen, daß wir gegen diese Verschleppung energisch und nicht ohne Erfolg intervenierten. Hunderte dieser Unglücklichen wurden durch uns befreit und schließlich wurde infolge unseres fortgesetzten Drängens die ganze Verfügung aufgehoben. Wir sollen den Frieden von Brest-Litowsk „genehmigt und sachlich unterstützt" und dadurch die Weigerung der Belgier, nach Stockholm zu gehen, hervorgerufen haben. Wir haben den Frieden von Brest-Litowsk — der nachträglich an dem von Versailles gemessen noch als ein recht humaner Frieden erscheint — nicht genehmigt und haben dann die Art, wie dieser Frieden ausgeführt wurde, auf das entschiedenste bekämpft. Außerdem wurde der Frieden von Brest-Litowsk im März 1918 geschlossen, die Konferenz von Stockholm war im Juni 1917!

So können wir zunächst nicht annehmen, daß die von Vandervelde ausgearbeitete, vom Rat der belgischen Partei genehmigte Gegenschrift tatsächlich so enorme Irrtümer und Ungerechtigkeiten enthält. Außerdem wären wir sehr erstaunt, wenn uns unsere Haltung zum Frieden von Brest-Litowsk gerade von Vandervelde zum Vorwurf gemacht würde, der bevollmächtigter Vertreter des Königreichs Belgien auf der Friedenskonferenz von Versailles gewesen ist!

*

Die Erklärung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zum Frieden von Brest-Litowsk, die am 22. März 1918 von Scheidemann im Reichstag verlesen wurde, hat folgenden Wortlaut:

„Im Namen meiner Fraktion habe ich folgende Erklärung abzugeben: Das Ziel der sozialdemokratischen Politik ist, den Krieg nach erfolgreicher Verteidigung des Landes durch einen **wahrhaften Völkerfrieden** zu beenden, der — auf Verständigung gegründet — für die Zukunft die Anwendung kriegerischer Gewalt ausschließt. Dieses Ziel ist mit dem vorliegenden Friedensvertrag **nicht** gefördert worden. Die Mittelmächte hatten versprochen, eine Verständigung mit Rußland über das Selbstbestimmungsrecht der Randvölker herbeizuführen. Im Widerspruch damit haben sie den Verzicht Rußlands auf Polen, Litauen und Kurland von vornherein verlangt. Diese im Osten betriebene **Machtpolitik** wird den Interessen des Deutschen Reiches, die eine dauernde Beruhigung der Verhältnisse und eine enge Freundschaft zwischen dem deutschen und dem russischen Volke erfordern, **nicht gerecht**.

Wir müssen fordern, daß das **wirkliche demokratische Selbstbestimmungsrecht Polens, Litauens und Kurlands** gesichert wird, damit ein dauerndes Freundschaftsverhältnis Deutschlands mit ihnen sowie mit dem russischen Volke nicht unmöglich gemacht wird. Wir können uns mit der Art des Zustandekommens des Vertrages, bei dem der Reichstag ausgeschlossen war, und mit wesentlichen Teilen seines Inhalts **nicht einverstanden** erklären.

Da aber durch diesen Vertrag der Kriegszustand im Osten tatsächlich beendet wird, wollen wir ihn auch nicht ablehnen. Aus diesen Erwägungen werden wir uns der Abstimmung enthalten."

Kann ernstlich angenommen werden, daß diese Erklärung für irgendeine sozialistische Gruppe einen Grund abgab, die Aufnahme internationaler Beziehungen zu unserer Partei zu verweigern?

Ende des nordböhmischen Streiks.

Reichenberg (Böhmen), 22. Juli. Nach einem Einvernehmen der Vertrauensmänner der streikenden Arbeiterschaft mit den Vertretern der tschechoslowakischen Regierung beschlossen die Vertrauensmänner der Streikenden, daß mit dem morgigen Tage im ganzen reichenbergischen Industriegebiet die Arbeit wieder aufgenommen werde.

Frankreichs Kohlenforderung.

Von Otto Hue.

Durch das Säbelrasseln in Spa ist die Erörterung über die Kohlenfrage auf das falsche Gleis geschoben worden. Mit Gewaltpolitik lassen sich bekanntlich Wirtschaftsprobleme nicht lösen.

Ich stelle fest: es bestand in der deutschen Delegation keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß Frankreichs Kohlenmangel groß sei und ihm abgeholfen werden müsse. Wieviel sofort aus den deutschen Gruben abgeliefert werden könne, ohne Deutschland die Erfüllung der sonstigen Wiedergutmachungspflichten glattweg unmöglich zu machen, das war Gegenstand langwieriger Erörterung. Daß die sofort kategorisch geforderten 2,4 Millionen Tonnen mindestens monatlich nicht zu leisten seien, in diesem Punkte gab es zwischen den deutschen Sachverständigen gar keine Meinungsverschiedenheit, so sehr sie sich auch sonst, in der Beurteilung der Ursachen der jetzigen Situation und ihrer Konsequenzen, unterschieden.

Auch an dieser Stelle muß ich erklären, daß Frankreich selbst dann einen Anspruch auf unsere Kohlenzufuhr hätte, wenn Deutschland der militärische Sieger im Weltkriege gewesen wäre. Das wichtigste französische Kohlenbecken wurde durch Kriegsvorgänge größtenteils bis auf weiteres förderunfähig gemacht. Ob das, wie behauptet wird, nicht nur aus militärischen Gründen geschah, vermag ich als glücklicherweise militärischer Laie nicht zu beurteilen. Aus meiner Ueberzeugung als Sozialist und Kriegsfeind heraus, trete ich für die gegenseitige Hilfe der Menschen und Völker ein. Darum ist für mich die Frage der Kohlenversorgung Frankreichs nicht in erster Linie eine Frage des geschriebenen Völkerrechts, sondern des Rechtes, das mit uns Menschen geboren wurde.

Frankreich hatte vor dem Kriege eine Kohlenförderung von 40 Millionen Tonnen, wovon 26 auf die beiden nordfranzösischen Kohlenbecken entfielen, in denen jahrelang zerstörende Kriegshandlungen vorgenommen wurden. 20 Millionen Tonnen brauchte Frankreich jährlich als Kohlenimport, um seinen Gesamtbedarf zu decken. Der französische Förderausfall belief sich 1914/1918, das Quantum von 1913 als Berechnungsbasis angenommen, auf etwa 74 Millionen Tonnen, fast eine doppelte Jahresförderung. Das ist relativ bedeutend mehr, als was Großbritannien und Deutschland während des Krieges im Förderausfall zu buchen hatte. Nimmt man hinzu, daß gleichzeitig die Einfuhr geringer als früher war, zieht man vor allen Dingen in Betracht, daß der Wiederaufbau des zerstörten Gebietes auch zu einem entsprechend größeren Kohlenverbrauch zwingt, so ist das starke Kohlenbedürfnis Frankreichs verständlich. Ihm müßte von uns nach Kräften und ohne Profitmacherei abgeholfen werden, auch wenn der Versailler Vertrag nicht bestände. Bei zahlreichen Gelegenheiten habe ich dies vor deutschen Bergleuten dargelegt und fand ihre Zustimmung. Wir wollen helfen, schon weil wir diese Hilfe als unsere Menschenpflicht anerkennen.

Warum ist in Spa an die Lösung der Kohlenkrise nicht von diesem Gesichtspunkt herangegangen worden? Weil immer noch der Wahnglaube besteht, durch das „Schwert" alles machen zu können. Die Schwertgläubigen scheinen gar nicht zu wissen, daß die Kohlenförderung in allen Gewinnungsgebieten, absolut oder auf pro Mann und Schicht bezogen, zurückgegangen ist. Ich rechne aus, daß allein in Großbritannien, Deutschland, Frankreich und Belgien in der Periode 1914 bis inkl. 1919 zusammen rund 523 Millionen Tonnen Steinkohlen weniger gefördert worden sind, als geschehen wäre, wenn sich die Förderung auf den Stand von 1913 gehalten hätte. Dieses riesige Manko lastet nun auf der Volks- und Weltwirtschaft. Das „Schwert" hat dies verursacht, kann es aber nicht fortdiktieren. Wir haben gehört, wie außerordentlich auch Oesterreich, Italien und die Schweiz unter Kohlennot seufzen. Wir haben gehört, wie Holland nach Kohlen ruft, welche Phantasiepreise für amerikanische Kohle in Europa gezahlt werden. Wir wissen, daß in Großbritannien, Frankreich, Belgien, Deutschland, in der Tschechoslowakei und auch in den Vereinigten Staaten die betriebstechnischen Zecheneinrichtungen durch den langen Kriegsraubbau arg gelitten haben. Uns ist bekannt, daß die Bergarbeiterschaft in allen Ländern nach der entkräftenden Anspannung während der Kriegsjahre das natürliche Bedürfnis einer kürzeren Arbeitszeit hat. Das sind ökonomische Tatsachen, die leidenschaftslos geprüft werden müssen. Das „Schwert" kann diese Tatsachen nicht aus der Welt hauen. Indem man in Spa das „Schwert als Dolmetscher" zitierte, konnte man wohl den militärisch Schwachen zur Unterschrift eines Diktats zwingen, aber die Lösung der internationalen Kohlenkrisis ist unerörtert geblieben! Das aber ist außerordentlich beklagenswert im Hinblick auf das wirtschaftliche Elend, dem wir entgegengehen, keineswegs nur in dem gezwungenen Deutschland, wenn nicht schnellstens alle

sachlichen Mittel zur Abstellung der internationalen Kohlennot ergriffen werden.

Die Bergarbeiter und — man vergesse sie nicht — die Transportarbeiter sind die Nächsten dazu, die Bestimmungen von Spa praktisch auszuführen. Ich kann getrost versichern, daß diese Arbeiter ihr Bestes tun werden, um ihre Heimat vor dem Schicksal einer militärischen Exekution zu bewahren. Und die Regierungsvertreter in Spa haben ja nur unterschrieben, um nicht weitere Teile Deutschlands militärisch besetzen zu lassen. Daß die Ausführung des Kohlendekrets ungeheure bergbau- und transporttechnische Schwierigkeiten machen würde, auch sozialpolitisch gefährliche Komplikationen nach sich ziehen könnte, ist der Entente in Spa gesagt worden. Die Situation ist also so: wenn sich uns trotz unseres guten Willens zur Ablieferung des diktierten Kohlenquantums von 2 Millionen Tonnen monatlich unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen und Marschall Foch marschiert hierauf trotzdem in das rechtsrheinische Deutschland ein, dann kann das nicht anders als eine militärische Exekution gegen die Arbeiter, in erster Linie gegen die Bergarbeiter, aufgenommen werden!

Die Folge dieser Exekution wäre alles andere, als eine Abhilfe der Kohlennot in West- und Südeuropa. Weil mir bekannt ist, wie dringlich Frankreich, wie Deutschland, Holland, Oesterreich, Italien, die Schweiz und Skandinaven der Kohle bedürfen, und weil ich in der Besetzung des Ruhrgebiets durch Foch eine katastrophale Verschärfung der internationalen Kohlennot erblicken muß, deshalb warnte und warne ich vor dieser militaristischen Gewaltpolitik. Rückhaltlos erkennen wir Sozialisten den Anspruch Frankreichs auf Kohlenhilfe an, ungeachtet des Versailler Vertrages. Die Kohlennot in den anderen Ländern muß gleichfalls kräftigst gemildert werden. Wir leiden alle miteinander. Darum soll man nun endlich das Schwert in die Scheide stecken und darin lassen. Um so besser wird es gelingen, die produktiven Kräfte wirksam zu machen für die gegenseitige Hilfe im Völkerbunde.

Die herrliche Meuterermarine.

„Das ist Ehrhardts wilde verwegene Jagd."

Zum Lohn für ihre durch Meuterei offen bewiesene Treulosigkeit hat der Reichswehrminister Geßler (nach eigenen Angaben des Reichswehrministeriums) 2000 Mann der Brigade Ehrhardt in die Marine eingereiht. Ein Teil von ihnen ist nach Cuxhaven gekommen. Dort haben die Burschen vom ersten Tage an durch provozierendes Auftreten gezeigt, daß der Meuterergeist in ihnen herrlich wach und rege ist. Durch die Straßen von Cuxhaven ziehen sie mit dem Gesang: „Das ist Ehrhardts wilde, verwegene Jagd", womit sie offenbar ihre unentwegte Anhänglichkeit an den flüchtig gegangenen Obermeuterer Ehrhardt bekunden wollen. Die Cuxhavener Schuljugend freilich hat diesen Gesang schon entsprechend parodiert mit den Worten: „Das ist Ehrhardts freche, verwilderte Jagd", was nur allzu sehr zum Auftreten der Leute paßt.

Der Hauptzeitvertreib der Leute besteht darin, ihre Kaserne, das Kommandanturgebäude und alle ihnen erreichbaren Wände mit antisemitischen Hetzblättern niedrigster Sorte zu bekleben. Aber auch der Terror gegen Andersdenkende tritt alle Tage schärfer zutage. **Am 20. Juli drang ein Trupp von 8 bis 10 Ehrhardt-Jüngern in die Geschäftsstelle unseres Cuxhavener Parteiblattes ein, bedrohte die dort anwesenden weiblichen Angestellten und verlangte, die Privatwohnung des Redakteurs Genossen Heidsiek zu erfahren. Sie öffneten dann den Schaufensterverschlag, rissen die ihnen nicht passenden Auslagen herab und nahmen sie teilweise mit sich.**

Etwa eine Viertelstunde später erschien vor der Privatwohnung des Genossen Heidsiek eine Rotte von Soldaten, die das Haus umzingelte. Einer äußerte dabei: „Wir müssen aufpassen, daß er uns nicht über den Hof entwischt." Andere verlangten vor der Etagentür Eintritt, zogen aber schließlich ab, da niemand in der Wohnung war.

Wir würden den Reichswehrminister fragen, was er gegen derartige Uebergriffe einer trotz ihres meuterischen Verhaltens der Bevölkerung aufgezwungenen Soldateska zu tun gedenkt, wenn wir nicht wüßten, daß Herr Geßler weder etwas denkt, noch etwas tut.

Northcliffe und Stinnes.

Man schreibt uns:

Quousque tandem? Wie lange, so fragt man sich, wird sich das englische Volk den unheilvollen Einfluß gefallen lassen, den Lord Northcliffe durch seine Kette von Zeitungen auf die öffentliche Meinung ausübt? Weiß der englische Leser denn nicht, daß das Gift und der Haß, der durch eine Unzahl von Blättern ihm täglich zugetragen wird, dem Geist und Befehl eines einzelnen Mannes entspringt? Wenn man die „Kriegsschuldigen" vor ein unparteiisches Weltgericht stellen könnte, so würde dieser Kriegshetzer einen führenden Platz auf der Anklagebank finden. Seit einiger Zeit hat sich dieser Apostel der christlichen Liebe nun auf die für einen Engländer neue Bahn des Antisemitismus begeben. Wo immer die von ihm abhängigen Blätter in englischen oder amerikanischen Kreisen eine Geneigtheit wittern, die Schärfen des Versailler Friedens zu mildern, oder sich kommerziell oder finanziell in Zentraleuropa zu betätigen, wird sofort der Versuch gemacht, den unbequemen Gegner durch den Schrei vom „semitischen Einfluß" einzuschüchtern. Für den Geschichtskundigen ist dies ein erfreuliches Zeichen; denn es bedeutet, daß die Deutschen-Haß-Politik Lord Northcliffes vor dem Zusammenbruch steht. Die Judenhetze ist seit Jahrhunderten immer das untrügliche Zeichen innerer Vermorschung eines vor dem Zusammenbruch stehenden Volkes gewesen, die beliebteste und billigste Diversion vor dem Fall stehender Politiker. Das hat sich seit dem Mittelalter erhalten, durch Spanien und Rußland bis auf den heutigen Tag.

Es ist nicht uninteressant zu beobachten, daß wir in Deutschland einer ähnlichen Situation zusteuern wie die Engländer. Man weiß nicht genau, wie viele deutsche Zeitungen heute schon im Besitz oder im Solde des Herrn Stinnes stehen, eines Mannes, der sich im Kriege und nach dem Zusammenbruch ein Vermögen von vielen Millionen angesammelt hat. Darin liegt eine ungeheure Gefahr; denn es ist klar, daß die Richtlinien all dieser Blätter gegeben werden durch die Interessen dieses, wie man sagt, größten deutschen Schwerindustriellen. Vertritt seine ganze Presse den deutschen Standpunkt, wenn sie Stinnes Ansicht verteidigt, daß es besser gewesen sei, das Ruhrgebiet besetzen zu lassen, als nachzugeben? Wäre damit nicht Frankreich die ersehnte Möglichkeit gegeben worden, seinen Plan, Nord- und Süddeutschland zu trennen, zur Ausführung zu bringen? Die großen rheinischen Anlagen des Herrn Stinnes würden allerdings im Schutze Frankreichs wahrscheinlich noch besser prosperiert haben als unter der Sorge der deutschen Republik.

Höchst bezeichnend aber ist es, daß der Alldeutsche und Verfechter des U-Boot-Krieges Stinnes auf die gleichen Methoden verfällt, wie sein Bruder, der Allengländer Northcliffe. Als vor einer Woche etwa der Sekretär für Indien, Mr. Montagu, in der General-Dyer-Debatte (Amritsa-Greuel) einen Northcliffe unbequemen — gegen die ausgeübten Greuel gerichteten — Standpunkt einnahm, schrieb eine seiner Zeitungen am nächsten Morgen, Mr. Montagu, ein Jude, habe die östliche Psychologie zum Ausdruck gebracht im Gegensatz zur westlichen Auffassung seiner angelsächsischen Gegner. Herr Stinnes sagte in seinem Brief an den Steiger Bernhard:

„... Wenn Sie ohne Wissen oder gegen besseres Wissen Zwietracht und Mißtrauen zwischen den Arbeitern und Werksvertretern im Kohlenbergbau stiften wollen, so werden Sie lediglich die Geschäfte unserer gemeinsamen Bedrücker betreiben und erreichen, daß die Angehörigen des rheinisch-westfälischen Bergbaues zum Schaden unseres Vaterlandes für das Ausland in den nächsten Jahren Sklavenarbeit werden leisten müssen. **Sie werden dann einen Schaden stiften, wie eine Anzahl Vertreter in Spa, die aus einer fremdländischen Psyche heraus den deutschen Widerstand gegen unwürdige Zumutungen gebrochen haben."**

Die Aehnlichkeit dieser Kampfesweise ist auffallend; obgleich es fast grotesk ist, daß der Alldeutsche und der Allengländer, beide dieselben Männer, dieselben Windmühlen angreifen.

Das deutsche Volk wird sich selbst ein Urteil darüber bilden, ob es Herrn Stinnes als den Typus des Ideals angesessenen Deutschtums gelten lassen will, oder ob es denjenigen seinen Glauben schenken und Folge leisten will, die in schweren Stunden ihr Bestes gaben. Und der Gedanke mag manchem die Wahl erleichtern, daß unter den Sachverständigen, die einer Preisgabe des Ruhrgebiets sich widersetzten, nicht nur sogenannte „fremdländische" Herren sich befanden, und daß das Kabinett, bei dem die endgültige Entscheidung lag, von „fremdländischen" Stimmen völlig frei war.

Die Verfolgung des R. F.

Kassel, 23. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Das Kommando der Reichswehrbrigade 11 hat sämtlichen Formationen Kassels nachstehenden Befehl bekanntgegeben:

Reichswehrbrigade 11. Kassel, den 12. Juli 20.

Sämtlichen Angehörigen der Reichswehr ist die Mitgliedschaft zur Ortsgruppe Kassel des R. F. B. verboten, **weil sie ungesetzliche Handlungen vorgenommen hat.**

gez.: Dietz, Oberst.

Hierzu teilt die Ortsgruppenleitung des R. F. B. mit, daß sie sich ungesetzlicher Handlungen nicht bewußt ist. Nach den seitens des Bundes vorgenommenen Recherchen ist das Verbot auf Grund eines Berichtes des Kasseler Polizeipräsidenten zurückzuführen. Der Inhalt dieses Berichtes wird vorläufig dem R. F. B. vorenthalten. Es scheint jedoch, als ob der Polizeipräsident das Opfer einer Spitzeldenunziation geworden ist.

Dieser Fall, in dem unter irgendeiner fadenscheinigen Begründung der Republikanische Führerbund verfolgt wird, steht nicht vereinzelt da. Die Wut der alldeutschen Presse, die sich gegen diese militärische Organisation richtet, welche den verfassungsmäßigen Schutz der Republik sich als Aufgabe gestellt hat, scheint bei den meisten Behörden ein geneigtes Ohr zu finden, und der Reichswehrminister ist nicht willig oder auch nicht fähig dazu, den unaufhörlichen Schikanen des R. F. B. ein Ende zu setzen. Wir erwarten, daß der Kasseler Befehl schleunigst zurückgenommen oder aber, daß seine Stichhaltigkeit eingehend und glaubwürdig begründet wird.

Wie Streiks erzwungen werden.

Von zuverlässiger Seite wird uns mitgeteilt:

In Blankenfelde in der Neumark auf dem Gute des Herrn von Treskow streiken gegenwärtig ungefähr 60 Arbeiter. Der Verwalter dieses Gutes ist ein gewisser Herr Schmidt. Dieser Herr behandelt die Arbeiter in geradezu schändlicher, empörender Weise. Der Tageslohn der Arbeiter ist 19 M. und 12 M. werden täglich den Arbeitern abgezogen für Leistungen, die sie nicht bekommen, und zwar zieht er ihnen Geld für Holz ab, obwohl er ihnen schon seit über 2 Jahren fast kein Holz mehr geliefert hat. Wenn er ausnahmsweise solches liefert, so ist es nur minderwertige Ware. Herr Schmidt ist verpflichtet, Kohlen zu liefern, hat jedoch schon über 2 Jahre keine einzige Kohle geliefert. Er ist verpflichtet, den Arbeitern Kornmehl zu geben, er gibt ihnen aber Kornmehl, gemischt mit Hafermehl und Gerstenmehl. Ueberdies haben die Arbeiter in ihren Häusern weder Trinkwasser noch ein Klosett; die Männer und Frauen sind gezwungen, ihre Notdurft auf der Straße zu verrichten.

Die zehn einzelnen Gruppen des Reichswirtschaftsrats sind heute in Sondersitzungen zu Vorbesprechungen über das Spaer Abkommen zusammengetreten. Für die Plenarsitzung am Sonnabend wird eine Resolution vorbereitet, in der die wirtschaftlichen Direktiven angegeben werden sollen, die sich aus der Auswertung der Verhandlungen in Spa ergeben.

Die Ohnehemden.

Von Heinrich Goeres.

Sie leben in den Gegenden um die östlichen Bahnhöfe. Gezeugt und geboren sind sie in den Straßenzügen, zwischen denen sich die Görlitzer und die Schlesische Halle heben. Dort begann ihrer Tage eintöniges Wandelspiel in dunklen Hinterstuben oder unter die Pflasteroberfläche gedrückten Wohngruben. Umgeben von zerbrochenem Hausrat, hinter gesprungenen Scheiben und rissekleffenden Türen. Fetzen waren ihr erstes Gewand und Fetzen tragen sie heute noch. Denn sie sind mittlerweile groß geworden, groß und stark, wie man zu sagen pflegt. So stark, daß sie auf eigene Faust Geschäfte unternehmen. Wenigstens sieht es so aus. Möglich, daß hinter ihrem eifrigen Lauf die richtunggebende Faust des Vaters, das formlose aber deutliche Wort der Mutter stehen. Gäbe es ein edleres Ziel für diese Knaben zwischen acht und zwölf Jahren, als in der jetzigen Ferienzeit um die Bahnhöfe zu schwirren, hartnäckig ihre dünnen Hände und ihre mageren Arme den Reisenden darbietend zum Schleppen von Koffern und Packen? Winkt doch nach dem keuchend vollbrachten Werk der ganze oder halb Markschein.

Die unruhigen Lichter ihrer Augen flackern nach rechts und links, um den nahenden Verdienst zu erspähen, und ihre nackten Füße fliegen zu den Trittbretteern der Straßenbahnen. Die Bekleidung der witzigen Paketträger ist bei der warmen Witterung durchaus zweckentsprechend. Ein Hosenfragment mit Bändern oder Schnüren über den Achseln. Die Löcher, die dieses einzige Kleidungsstück an Brust und Rücken zeigt, lassen der Luft ungehinderten Zutritt zum bräunlichen oder grau verfärbten Körper. Wird es etwa kühler, peitscht Regenfall die Dämme, so dürfen die Knaben das Glück empfinden, nicht verwöhnt zu sein. Wozu brauchen sie ein Hemd? Sie haben keins und haben vielleicht nie eins getragen, sicher nicht seit der Zeit, da sie an ihrem Teile mit dazu berufen wurden, durchzuhalten, damit die erhabene Epoche des großen Krieges weiter- und zu Ende geführt werden konnte.

Josephine Beauharnais, die vielgeliebte Gemahlin des ersten Napoleon, gab in sechs Jahren dreiviertel Millionen Frank für ihre Leinwäsche aus, und Marie Antoinette zerbrach sich manchmal zur Zeit, als sie den Kopf noch auf den königlichen Schultern trug, ihren schönen Kopf darüber, ob es genüge, wenn sie ihre zarten Glieder bei der Morgentoilette zunächst in ein Spitzenwunder hülle, das nur zwanzigmal mit Gold aufgewogen sei. Unsere Ohnehemden im Berliner Osten werden durch solche Gedanken nicht belastet. Sie haben andere Dinge im Kopf. Vielfältige Dinge des Lebens prägen sich früh bei ihnen ein, von denen ein wohlerzogenes Kind alten Reichtums oder frischfreudiger neuer Erwerbskunst nichts hört. Die Erfahrungen, die ihnen aufgepackt werden, führen später leicht in öffentliche Erziehungsanstalten, die mit den vortrefflichsten schwedischen Gardinen gegen schädliche Einflüsse abgesperrt sind. Wer in ihren alten Gesichtern liest und ihre vielwissenden Blicke studiert, merkt bald die ihnen bei der Straßenkarriere eingeimpfte Weisheit. Und die älteren unter ihnen sorgen beflissen dafür, daß die jüngeren, die Anfänger von sieben oder acht Jahren, nicht zurückbleiben in Kenntnissen. Kindlich naives Gebahren und schüchterne Phantasie nutzen nichts auf diesem Boden, für sie ist die Jugend kein spielerischer Frühling, und der graue Himmel warf ihnen keine Märchenträume in die Wiege. Sie hatten übrigens gar keine Wiege oder was man heute in anständigen, d. h. zahlungsfähigen Familien an deren Stelle setzt. Eine alte Stärkekiste, ein zerschlissener Waschkorb tut's auch.

Gut, daß sie ihre Jahre nicht vertrödeln müssen mit eitlen Reigentänzen auf grüner Wiese und unter unnütz flüsternden Bäumen, daß sie nicht juchzen und singen dürfen unter Leitung mildgesinnter ausgewachsener Seelen. Herrliche Ferienzeit, die ihnen Gelegenheit bietet, Päckchen tragen zu lernen. Die Zukunft naht mit hurtigen Schritten und bürdet ihnen große Lasten auf. Jung gewohnt, alt gekonnt. Die ausgezeichnete Kultur der menschlichen Gesellschaft brauchte bisher stets solche vom Säuglingslallen an erzogene Träger. Wenn man aus diesem Gesichtswinkel die kleinen Ohnehemden betrachtet, wird ihre Existenz erklärlicher.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund. Die Julinummer der „Deutschen Arbeiter-Sängerzeitung", die eine schöne Würdigung des bergischen Dichterkomponisten Gustav Adolf Uthmann enthält (sein Bild, unseren Lesern schon aus „Volk und Zeit" bekannt, schmückt die erste Seite), berichtet Näheres über die Verhandlungen der Kasseler Generalversammlung des Arbeiter-Sängerbundes, deren rühmenswerte Einigkeitsresolution wir schon mitgeteilt haben. Die Versammlung beschloß die Anstellung eines dritten Sekretärs, gab den Gauvorständen auf, den Anschluß der Gaue an die Genossenschaft Deutscher Tonsetzer zu vollziehen, riet auch den Vereinen den Beitritt an, erhöhte die Beiträge (auf jährlich 1,50 M. für das Mitglied, d. i. 12½ Pf. für Monat und Mitglied), hofft auf diesem Wege den Ausbau des Bundesscherverlages zu ermöglichen, beschloß die Kosten der Generalversammlung fortan wieder auf die Bundeskasse zu übernehmen und bestimmte, daß die Bundeszeitung vom nächsten Jahre ab nicht mehr gratis geliefert werden, sondern monatlich im festen Abonnement erscheinen soll, was ein tüchtiges, einmütiges Einsetzen der Sängerschaft für das Organ erfordert. Eine Resolution forderte von der Reichsregierung und den Landesregierungen, daß den Gemeinden aufgegeben werde, Konzerte der dem Bunde angeschlossenen Arbeiter-Gesangvereine von der Vergnügungssteuer auszunehmen. Den Arbeitersängern der abgetretenen deutschen Gebiete wurde durch eine Resolution eine Sympathiekundgebung dargebracht mit dem Wunsche, daß sie trotz der Trennung Mitglied bleiben können. Die Tagung endete mit dem festen Willen der Beteiligten, den letzten Arbeitersänger für den Bund zu gewinnen; jeder sozialistisch fühlende Sänger sollte seinen Stolz darein setzen, im Rahmen des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes seinen Klassengenossen künstlerische Kultur zu vermitteln.

Das Pez-Kainer-Ballett. Die Uraufführung dieses Balletts, gestern im Komödienhaus, war für den, der in die gymnastische Bewegung der letzten Jahre mit tiefer Seele eintauchte, eine schmerzliche Enttäuschung oder besser der Beweis der Erkenntnis von der Hohlheit und Flachheit des modernen Balletts, gemessen an den Reihen eines Dalcroze, einer Duncan und einer Laviosser. Nichts von Harmonie, nichts von Seele und Empfindung, nur äußerliche Phantastik, die vom Herzen nichts weiß. Wenn der Tänzer Sascha Leontjew mit Beifall überschüttet wurde, so ist dies eben nur ein Zeugnis der Herzensbildung eines gewissen Publikums, das an reklamehaftem Aufputz immer mehr Gefallen findet, als an der reinen Linie eines rythmisch schwingenden Körpers. Die in sich gleichförmigen Tanzkompositionen, die keine allzugroße Anpassung an die musikalischen Tiefen besaßen, blendeten höchstens und verdeckten mit einer Art reizvoller Duftigkeit, was ihnen an Gehalt mangelte. Für die gute Musik war es ein Trost, daß sie im allgemeinen Rausch unterging. Sie kam sich in diesem Treibhaus moderner Geschmacksverirrung vor wie ein Kind im düsteren Walde. frk.

Eine Bestätigung von Steinach-Ergebnissen. Einen wertvollen Beitrag zu der von Steinach aufgeworfenen Frage der Verjüngung veröffentlicht Prof. Dr. Richard Mühsam von der Chirurgischen Abteilung des Berliner Rudolf-Virchow-Krankenhauses im neuen Hefte der deutschen Medizinischen Wochenschrift. Er hat im Anschluß an das Ergebnis Steinachs, der imstande war, jugendliche wie Spätkastraten neu zu erotisieren, Tiere nach Wunsch zu feminieren und zu maskulieren und endlich künstliche Zwitterbildung beim Tier herzustellen, ebenso wie Lichtenstern das Geschlechtsleben des Mannes durch freie Hodenüberpflanzung zu beeinflussen versucht. In zwei operativen Fällen hat nun Mühsam gleich Lichtenstern es bestätigt gefunden, daß eine Beseitigung ausgesprochener Homosexualität erreicht wurde.

Handelshochschule Berlin. Zum Rektor wurde der Professor der Physik F. F. Martens gewählt, der seit 1906 an der Hochschule wirkt.

Der Tanzkritiker Heinrich Lüders wurde zum vorsitzenden Sekretär der philosophisch-historischen Klasse der Berliner Akademie der Wissenschaften gewählt, und zwar für die Nachfolge von Hermann Diels, der den Posten des vorsitzenden Sekretärs nach 25jähriger Wirksamkeit verläßt. Lüders hat sich vor 10 Jahren einen Namen gemacht, als es ihm gelang, bei Bewältigung der Ergebnisse der preußischen Turfanexpedition die Dramenszenen in Sanskrit und Volksdialekten zu entziffern, die etwa fünf Jahrhunderte vor den bisher bekannten älteren Dramen Kalidasas liegen.

Rabindranath Tagore, der indische Weise und Volksmann, dem kurz vor dem Kriege der Nobelpreis für Literatur zuerkannt wurde, wird in Kürze nach Europa kommen. Ob ihn alsdann auch die große Gemeinde, die er sich in Deutschland erworben hat, wird hören können, hängt nicht von dem Dichter allein ab. Gerade jetzt ist in deutscher Uebertragung bei Kurt Wolff in München der erste große moderne Roman Tagores: „Das Heim und die Welt" erschienen, ein Werk, dessen Handlung die indische nationale Bewegung zum Hintergrund hat.

Theater. Im Theater am Bülowplatz wird am 1. August, abends 7½ Uhr, erstmals in dieser Spielzeit „Der Kuhreigen" aufgeführt. Wieder, wie im vorigen Jahr, singt Margarete Schlemüller die „Blanche fleur".

Konferenz zwecks Besserung der Ernährung.

Unter dem Vorsitz des Reichsernährungsministers Dr. Hermes trat heute vormittag im Reichsernährungsministerium die Bergarbeiterkonferenz zur Verbesserung der Ernährungslage zusammen. Neben den Bergarbeiterverbänden sind auch Arbeitnehmerverbände vertreten. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns und Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz nehmen an den Beratungen teil. Man hofft die Verhandlungen, die sich vor allem mit der Verbesserung des Brotes und der Beschaffung von Fleischwaren befassen, noch heute zu Ende zu führen.

Waffenfunde in Westfalen.

Die Entwaffnungsaktion der Sicherheitspolizei hat weitere Erfolge gezeigt. Von amtlicher Seite erfährt die „Kölnische Zeitung", daß in einem Garten in Wersten bei Düsseldorf 16 Gewehre (Mod. 98), 9 Karabiner (Mod. 98), ein leichtes Maschinengewehr und 27 Handgranaten, die tief eingegraben waren, gefunden worden sind. Der Gartenbesitzer ist festgenommen worden.

Arbeit nach Konfession.

Sonderbares aus dem Arbeitsministerium.

Die deutsche Arbeiterzentrale (Abteilung Myslowitz) vermittelt täglich polnische Arbeiter (Deserteure) als Landarbeiter nach Deutschland. Die Vermittlung von jüdischen Arbeitern lehnt der Leiter dieser Stelle, Herr Widuk, jedoch grundsätzlich ab, und zwar angeblich auf Grund eines Befehls des Reichsarbeitsministeriums. Jüdische Arbeiter werden beim Grenzübertritt verhaftet und ohne weiteres nach Polen zurückgeschickt, wo sie als Deserteure erschossen werden.

Wir fragen hiermit, ob es auf Tatsachen beruht, daß das Reichsarbeitsministerium einen derartigen Befehl an die Myslowitzer Stelle hat gelangen lassen?

Der Bückling vor S. M.

In den Arbeitsräumen des Stuttgarter Fernsprechamtes war dieser Tage folgender Anschlag zu lesen:

Liebe Kolleginnen!

Habe am 7. Juli unsern lieben alten König im Schloß in Friedrichshafen besucht und ihm bei dieser Gelegenheit Grüße von den Fernsprechbeamtinnen in Stuttgart bestellt.

S. M. freute sich sehr darüber und läßt alle Beamtinnen herzlich grüßen und gedenkt gerne seiner lieben Stuttgarter.

Es gibt also auch heute noch Kreise, die das Dienern nicht lassen können. Aber dies wäre noch erträglich, wenn diese Dienerei nicht an öffentlichen Dienststellen so ungeniert zur Schau getragen wird. Oder hoffen die Herrschaften auf „kommende" Zeiten?

Generalstreik in München? In den gestern abend abgehaltenen Versammlungen der Unabhängigen wurden Entschließungen zugunsten eines 24stündigen Generalstreiks wegen der Nichtfreilassung der Festungsgefangenen, die in den Landtag gewählt worden sind, angenommen. Von einigen kommunistischen Rednern wurden revolutionäre Drohungen gegen die Regierung und den Landtag laut.

Hochverratsanklage gegen Münchener Unabhängige. Die Enthüllungen des „Bayerischen Couriers" wegen Vorbereitungen der Münchener Kommunisten zum Generalstreik werden ein gerichtliches Nachspiel haben. Gegen den Unabhängigen Lieuing und gegen zwei Mitglieder der Unabhängigen Partei, sowie den kommunistischen Landtagsabgeordneten Eisenberger ist das Verfahren zwecks Vorbereitung zum Hochverrat eingeleitet worden. Die Verhandlung findet am 29. Juli vor dem Münchener Volksgericht statt.

Stinnes kauft weiter. Ein großes neues rechtsstehendes Zeitungsunternehmen soll, wie der „Stuttgarter Beobachter" hört, in Stuttgart gegründet werden. Es sollen in den letzten Wochen bereits Verhandlungen mit Großindustriellen und bekannten auswärtigen Verlegern stattgefunden haben. In einzelnen Blättern wird gesagt, daß Stinnes das neue Unternehmen finanziere.

Groß-Berlin

Die Ballade vom schönen Wendelin.

Höret jetzt von mir die schaurige Ballade: / Wendelin Thomas, Seemann an der Jade / hat sein Leben lang gesegelt und gefischt / doch von Politik verstand er nischt.

Plötzlich kommt Revolution ins Rollen / Wer wird da im Dunkel bleiben wollen? / Wendelin mit schiefgerückter Mütze / schwingt sofort sich an des Aufruhrs Spitze.

Zwar er kannte nicht die Lehren von Karl Marx. / Dafür hat ein Maulwerk er, ein stark's. / Doch viel besser hetzen konnt noch eine, / die jetzt auf dem nächsten Bild erscheine.

Diese Dalila heißt Schröder-Mahnke / Sie entstammt das Blut, und kein Gedanke / kommt dem braven S.-Rat Wendelin, daß dies Prachtweib eine Spitzelin.

Um so mehr entbrennt sein Herz in Hitze. / Noch viel kesser rückt er seine Mütze, / Blick in Blick — sieh da, es ist vollbracht! / Bei ihr schläft der Wendel Nacht für Nacht.

Wenn das brünstige Pärchen satt vom Lieben, / wird in Kissen Politik getrieben. / Und die Dalila mit süßem Knutschen / flötet: „Wendelin ach laß uns putschen."

Wendel knacken mutig die Gelenke. / Drauf auf Wilhelmshavens Kassenschränke! / Aber, ach, im blutigen Renkontre / siegt die Revolution, die „Kontre".

Schröder-Mahnken wird die Sache brenzlig / und sie trachtet zu verduften gänzlich. / Wendelin als edeler Galan / bringt bei Nacht und Nebel sie zur Bahn.

Doch ihm selber nahm man dieses krumme. / Gottlob, anderwärts gibts auch noch Dumme! / Und in Augsburg als Matrosenheld / wird er von den Unabhängigen angestellt.

Trauer jetzo meine Laute harfet / Schröder-Mahnke, ach, sie ward entlarvet / und ein Kopfschuß ihrer eignen Hände / setzte ihrer Spitzeltätigkeit ein Ende.

Wendelin man die Hiobspost erzählte / grad, als man ihn in den Reichstag wählte. / So hoch bringen ihn die Stimmenzahlen / der gesinnungstüchtigen Radikalen.

Wendelin denkt: „Na, was das wohl schadet!" / Sie ist tot und hat es ausgebadet / Wilhelmshaven liegt für mich im Grabe / Ich bin jetzt ein radikaler Schwabe!"

Aber, Wendel, auch in Wilhelmshaven / tut derweil die Nemesis nicht schlafen. / Und das unabhängige Blatt fragt übereilt: / „Wißt Ihr, wo der Schrödern Schlafbursch' weilt?

„Ja," tönt's, „in Berlin am Königsplatze!" / Ledebour vor Aerger kriegt die Platze. / Aber von Berlin bis nach Polzin / dröhnt das Lachen über Wendelin.

Wendelin, das Leben ist ne Rutschbahn, / wie behaglich fing es erst beim Putsch an. / Doch steil ist der Sturz von Reichstagshöhn. / Mög es jedem Maulheld so ergehn!

Schartenmaier jr.

Geheimsitzung der Verschwörer.

Ein vertrauliches Rundschreiben. — Wie Waffen beschafft werden. — Sozialdemokraten fliegen! — Eine öffentliche Gefahr.

In der zweiten Julihälfte erhielten „ganz zuverlässige" Leute folgendes Schreiben zugestellt:

Vertraulich! Berlin, den 14. Juli 1920.

Sehr geehrter Herr!

Die Mitglieder der ehemaligen Einwohnerwehr von Berlin und dessen Vororten haben sich in anderer Form und unter anderem Namen wieder zusammengeschlossen, um in Zeiten der Gefahr ihr Eigentum, sowie das ihrer Mitbürger vor Plünderern und Verbrechern zu schützen.

Nur unser Bezirk hat sich, da ihm die Führung fehlte, bis jetzt dem Zusammenschluß ferngehalten, trotzdem ein markiges Zusammenhalten jetzt mehr denn je vonnöten ist. Um über unseren gemeinsamen Uebertritt in die neue Vereinigung zu beraten, bitte ich Sie, unserem Rufe Folge zu leisten und bestimmt am

Montag, den 19. Juli 1920, abends 8 Uhr, im Restaurant Flora. Belle-Alliance-Straße 22 (Eingang vom Hof),

zu erscheinen, wo Ihnen alles weitere bekanntgegeben wird.

Keiner darf fehlen!

da es zum Schutze unserer Familien und unseres Eigentums gilt.

J. A.: Erich Feldmüller, Gneisenaustr. 92.

Unser Gewährsmann, dem dies Schreiben in die Hände fiel, besuchte die Versammlung und übermittelte uns folgenden Bericht, für dessen Richtigkeit er sich bereiterklärt hat, unter seinem Eide einzutreten:

Herr Feldmüller eröffnete die von 28 Personen besuchte Versammlung und führte etwa folgendes aus:

Herr Hauptmann Krausneck sei mit der Bitte an ihn herangetreten, im Bezirk „Hallesches Tor" den „Berliner Selbstschutz" ins Leben zu rufen. Er habe die Sache eingehend geprüft und könne sie nur dringend empfehlen.

„Sie wissen, daß die Sicherheitspolizei aufgelöst wird und somit Eile am Platze ist. Im übrigen funktioniert der Selbstschutz schon, auch in der Hasenheide. Man ist in letzterer bei den Einladungen ebenso vorsichtig ans Werk gegangen, wie hier, **indem man alle diejenigen, die in den Märztagen nicht mitgemacht haben, nicht eingeladen hat; denn den Leuten weinen wir keine Träne nach.**"

Hierauf erfolgten Mitteilungen über Abzeichen und Aufnahmescheine; darauf fuhr der Redner fort:

„Wir müssen zuerst einen Ausschuß wählen, der die Verhältnisse des einzelnen nach allen Richtungen gründlich prüft, damit wir genau wissen, ob derselbe aufgenommen werden kann."

In der nach der Vorsitzendenwahl erfolgenden Diskussion wurde eine Anfrage gestellt, in der darauf hingewiesen wurde, daß der Selbstschutz doch aus Zivilpersonen bestehe; ob es nicht möglich sei, mit den Behörden in Kollision zu kommen? Hauptmann Krausneck gab darauf die beruhigende Antwort, daß sie als Hilfspolizeibeamten betrachtet werden sollten, und daß diese Angelegenheit „in unserem Sinne" Erledigung finden werde. Er fuhr fort:

„Außerdem ist die Sache nicht so schlimm. **Man könnte im Höchstfalle wegen verbotenen Waffentragens gefaßt werden, und das bezahlt selbstverständlich die Genossenschaft.**

Auf die Frage, wie es mit Brownings stehe, wurde erwidert, diese seien zu teuer, und Herr Hauptmann Krausneck könne durch das Kreisamt genügend Waffen zur Verfügung stellen. Weiter wurde der Antrag gestellt, die Geschäfte, die fleißig zahlten, zu schützen, und den „Schweinepriestern, die nicht zahlten", den Schutz zu entziehen. Der Antrag wurde mit Beifall aufgenommen. Weiter sprach der Vorsitzende Feldmüller — im Anschluß an einen „Freiheit"-Artikel — von „Pack, das umgefallen sei" und von „Gesindel, dem man bei Gelegenheit auf die Finger klopfen werde", und fuhr fort:

„Wir wollen die Sache vorläufig streng geheim halten, **damit nichts in die Oeffentlichkeit kommt.** Der Ausschuß kann inzwischen Umschau halten, wen wir noch einladen könnten. **Ich werde die Einladungen so halten, daß selbst, wenn eine verloren gehen sollte, nicht daraus ersichtlich wird, was sie bedeuten soll.** Ich werde jetzt die gesamte Liste der ehemaligen Einwohnerwehr zur Verlesung bringen, und Sie können durch Zurufe bekanntgeben, wer gestrichen werden soll."

Der frühere Vorsitzende der Einwohnerwehr, Läffer (S. P. D.), wird sofort gestrichen. Bei weiteren Mitgliedern, die teils Arbeiter, teils Abteilungsleiter der sozialdemokratischen Abteilung sind, wurde stürmisch „streichen, streichen" dazwischen gerufen. Unser Gewährsmann stellte sich harmlos und fragte, weshalb gerade diese Leute gestrichen würden; eine Antwort hierauf blieb man ihm schuldig.

Soweit der Bericht. Er zeigt die große Gefahr, die gerade von seiten derer droht, die sich den Anschein geben, als setzten sie sich opferfreudig und selbstlos für die Interessen der Allgemeinheit ein. Derartige Organisationen, die sich selbst als Einwohnerwehr in neuer Form bezeichnen, sind Anlaß ständiger öffentlicher Beunruhigungen und können, da sie sich skrupellos mit Waffen aller Art versehen, Ursache neuer Komplikationen mit der Entente werden. Wir erwarten von den zuständigen Stellen, daß sie schleunigst die erforderlichen Maßnahmen treffen, um diese Geheimorganisation sofort zu beseitigen. Das Reichswehrministerium sollte sich insbesondere Herrn Hauptmann Krausneck einmal etwas näher ansehen.

Der Raubmord im „Münchener Hof".

Die noch in der Nacht angestellten Ermittlungen in Sachen des in der heutigen Morgenausgabe bereits gemeldeten Raubmordes im Hotel „Münchener Hof" haben ergeben, daß der Ermordete der 32 Jahre alte Kaufmann Paul Wolfner, Prinzenstr. 89, ist.

Die Leiche wurde noch gestern abend spät von dem Gerichtsarzt Prof. Dr. Strauch untersucht. Dabei stellte sich heraus, daß der Mann auch Schläge auf den Kopf erhalten hat. Der Tod dürfte durch Aetherbergiftung eingetreten sein. Die Wirkung des Aethers war zunächst die, daß der Betäubte mit Händen und Füßen um sich geschlagen hat. Diese natürliche Wirkung hatte das Paar wohl nicht vorausgesehen. Wolfner scheint dabei auch die Frauensperson getreten oder geschlagen haben und deshalb hat diese wider Willen laut aufgeschrien. Vielleicht aber hat er sie sogar gebissen. Daß er mit ihr gekämpft hat, geht daraus hervor, daß er ihre schwarze Perlenkette, von der noch einzelne Perlen am Fußboden verstreut umherlagen, zerrissen hat. Um den Widerstand Wolfners zu brechen hat das Paar seinem Opfer sodann ein in zwei Teile zerrissenes Handtuch gewaltsam in den Mund gepreßt und außerdem Hände und Füße gefesselt. Als der Ueberfallene in dem Hotelzimmer aufgefunden wurde, war ihm merkwürdigerweise ein Schnürstiefel ausgezogen worden. Wahrscheinlich hatte das Paar die Absicht, ihn vollständig zu entkleiden und in das Bett zu legen. Die Ausplünderung des Opfers muß mit aller Hast erfolgt sein. Das Paar hat dem Mann alle Taschen umgewandt und den für es wertlosen Inhalt auf den Tisch geworfen. Außer einem Pappkarton, wurden noch zwei Taschentücher vorgefunden. Es sind allem Anschein nach Damentaschentücher. Das eine hat einen kleinen Hohlsaumrand und rotbraune Karos. In ihm ist der Buchstabe W eingestickt. Das andere ist fast neu, scheinbar nur einmal gewaschen und trägt das Zeichen S. W. Beide Taschentücher haben in einer Ecke als Wäschezeichen einen kleinen Kreis, aus dessen Mitte ein Strich nach unten führt, so daß es einem P ähnelt. Als das Paar das Hotel verließ, ist es nicht gesehen worden.

Das Steglitzer Schloßparktheater-Unternehmen soll neben dem Theater (mit 850 Sitzplätzen) auch eine Kinobühne (mit 580 Plätzen), ein „zeitgemäßes" Kaffee (also wahrscheinlich Tanzcafé) und ein Restaurant betreiben. Das Kino soll für einen Kinder-, Schüler- und einen Außenkreis eingerichtet werden. Ueber die Spielaussichten dieses reinen Geschäftsunternehmens (das immer noch mit dem Aushängeschild, es wolle auch Volksbühne sein, aufwartet) verlautet: Sollte es in der ersten Spielzeit nicht mehr möglich sein, ein eigenes Ensemble zu schaffen, so würden Berliner Kräfte zu einem einheitlichen Spielkörper vereint werden. Ueber das Geschäftliche wurde jetzt in einer Versammlung mitgeteilt, das Schloßpark-Etablissement sei auf 80 Jahre gepachtet, die Theatergesellschaft habe sich das Vorkaufsrecht gesichert, das Stammkapital von 500 000 M. sei voll eingezahlt; 4000 Stück Anteilscheine zu je 500 M., die mit 5 Proz. verzinst und mit einem Aufschlag von 5 v. H. zurückgezahlt werden, sollen ausgegeben werden. Die Dauer des Umbaus wird auf sechs Monate berechnet und dürfte gegen 2 Mill. Mark Kosten verursachen. Bei der Fixigkeit, mit der Kinos aus dem Boden schießen, entsteht natürlich die Frage, ob es nicht so kommen wird, daß Steglitz die Schloßpark-Kinospiele früher erleben wird als die ungesicherten, künstlerisch sorgfältigen Theateraufführungen.

Verfehlungen des Jugendamtsinspektors. Berliner Knaben, die vom städtischen Jugendamt nach Prerow und anderen Orten zur Kräftigung ihrer Gesundheit gesandt worden waren, hatten sich über mangelhafte Verpflegung beschwert. Die städtische Verwaltung hatte sofort eine Untersuchung eingeleitet, die die Richtigkeit der Klagen über Beköstigung ergab. Der Inspektor des Jugendamts, dem schwere Verfehlungen zur Last gelegt werden, ist sofort seines Amtes enthoben worden. Die Untersuchung ist auch auf andere Personen wegen Verschiebungen von Nahrungsmitteln ausgedehnt worden.

Der Mörder der Witwe Thielmann aus der Köpenickerstr. 102 konnte trotz der umfassenden Fahndungen, die die Kriminalkommissare Werneburg und Dr. Schuppe eingeleitet haben, bisher noch nicht ergriffen werden. Der Gesuchte, der 21 Jahre alte Schlosser Otto Riedel ist 1,59 groß und schlank, hat blondes Haar, einen kleinen, blonden Schnurrbart und hellbraune Augen und trug einen modern gearbeiteten feldgrauen Anzug, Rock mit Gurt. Ein besonderes Kennzeichen ist eine große uförmige Narbe auf dem linken Handrücken.

Zu dem großen Juwelendiebstahl in Marienbad, über den wir berichteten, wird uns mitgeteilt, daß der Haupttäter, der 21 Jahre alte aus Mohilew in der Ukraine gebürtige Student Eduard Epstein aus dem Gerichtsgefängnis in Marienbad ausgebrochen und flüchtig ist. Epstein hatte sich nicht nur wegen des großen Juwelendiebstahls, sondern auch noch wegen eines Millionenbetruges zu verantworten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Flüchtige, der hier in der Landshuterstraße 27 bei seiner Freundin, der mitverhafteten spanischen Tänzerin Malvine Viviand wohnte, wieder nach Berlin gewandt hat. Er wird deshalb auch von den hiesigen Polizeibehörden gesucht.

Ein tragischer Unglücksfall ereignete sich heute vormittag an der Ecke der Grün- und Wallstraße. An einem Zaun, der dort zur Spree führt, tastete sich das blinde Ehepaar Sailzmann, Wasserstr. 22, entlang. Eine Lücke in dem Zaun wurde den beiden vom Schicksal schon so hart Betroffenen zum Verhängnis. Beide stürzten in den Fluß und nur der 26jährige Mann konnte gerettet werden. Die von der Feuerwehr an der im 81. Lebensjahr stehenden Frau vorgenommenen Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos.

Ein Stück aus dem Tollhaus. Unter dieser Spitzmarke teilt uns ein Leser aus Steglitz folgendes mit:

„Ich bin als Kriegsbeschädigter 50 Proz. erwerbsunfähig und konnte nach meiner Entlassung am 1. Juli 1919 erst am 1. Mai 1920 eine Stellung erhalten. Neun Monate war ich arbeitslos, also ohne Verdienst und ohne Arbeitslosenunterstützung. Ohne jemals eine Veranlagung zur Steuer oder einen Steuerzettel erhalten zu haben, fand ich am 22. Juli plötzlich einen Zettel in meiner Wohnung vor, auf dem mitgeteilt wurde, daß „der Vollziehungsbeamte, welcher wegen rückständiger Steuern die Pfändung vornehmen wollte, mich nicht angetroffen hat. Ich sträube mich nicht, die Steuern zu zahlen, nur kann ich wohl verlangen, daß mir vorgerechnet wird, wie ich veranlagt wurde, und daß man erst einmal die Steuern anfordert, ehe man zur Pfändung schreitet."

Der Berechtigung dieser Forderung kann man sich ebensowenig verschließen wie des Wunsches, daß man sich in den Steuerbureaus endlich einmal mehr Mühe gibt, und die an sich schon verärgerte und erregte Bevölkerung nicht noch mehr reizt.

Erkner. Die Gemeindebadeanstalt wurde vor einigen Tagen der Oeffentlichkeit übergeben. Die Eintrittspreise betragen für Erwachsene 30 Pf. und für Kinder 15 Pf. Monatskarten werden an Erwachsene für 3 M. und an Kinder für 1,50 M. abgegeben. Bis 4 Uhr nachmittags haben die Kinder freien Zutritt. Die angegebenen Preise haben nur für einheimische Badegäste Gültigkeit.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Pankow. 250 Gramm Haferflocken (87 u. 88).

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 23. Juli:

Jungsozialistische Vereinigung (S. P. D.). Ortsgruppe Lichterfelde. 7½ Uhr im Jugendheim, Albrechtstraße 14a, Leseabend.

Sport.

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität". Ortsgruppe Berlin, I. Abt. 25. Juli: Badetour nach Freibad Rahnsdorf. Früh 8 Uhr und mittags 1 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung

Was wollen sie eigentlich?

Die deutsche Regierung hat die Neutralität der deutschen Republik im Krieg zwischen Rußland und Polen bekanntgegeben. Unser Bedarf an Krieg ist überreichlich gedeckt, sagt mit Recht der „Vorwärts" dazu. Andersrum wäre es den deutschen Kommunisten lieber. Die „Rote Fahne" vom 21. d. M. bringt folgende „Dena"-Meldung aus Stockholm:

In einem Funkspruch fordern die russischen Gewerkschaften die Gewerkschaften aller Länder auf, gegen Polen wegen Zerstörungen von Städten und Fabrikanlagen beim Rückzug und wegen Erschießung russischer Arbeiter den gleichen Boykott zu verhängen wie gegen Ungarn.

In der Ausgabe vom 13. d. M. bringt dasselbe Blatt eine Rede Sinowjews, in der es u. a. heißt:

„Ich wollte euch, Genossen, folgendes mitteilen: Heute fand in Moskau eine wenig zahlreiche aber meiner Ansicht nach sehr wichtige Versammlung statt, die unzweifelhaft eine geschichtliche Bedeutung haben wird. Heute wurde in Moskau der Anfang zu einer internationalen kommunistischen Organisation der Gewerkschaften gemacht. (Beifall.) Auf Anregung des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale fand heute eine Beratung der Vertreter der italienischen Gewerkschaften, der Vertreter des linken Flügels der englischen Gewerkschaften und unserer russischen Gewerkschaften statt. Und auf dieser Beratung wurde vollkommene Einmütigkeit erzielt. Es wurde ein provisorisches Komitee gebildet und beschlossen, möglichst schnell einen internationalen Kongreß der linken Gewerkschaften einzuberufen, um der Amsterdamer gelben Gewerkschaftsinternationale einen Schlag zu versetzen. (Stürmischer Beifall. Bravorufe!) Die Amsterdamer gelbe Vereinigung ist der letzte Halt der Bourgeoisie. Sie ist gegenwärtig ein vielleicht für uns nicht weniger gefährlicher Gegner, als der berüchtigte Völkerbund. . . ."

Die Kommunisten dokumentieren wieder einmal, daß sie schlechte Menschenkenner sind. Sie geben der Internationale der Gewerkschaften Backpfeifen, sie verleumden sie, wie es besser kein gewerbsmäßiger Verleumder kann, sie nennen uns antirevolutionär und fordern uns trotz allem zu einem „revolutionären" Boykott gegen Polen auf. Müssen sich die russischen Gewerkschaften und die „Rote Fahne" nicht selbst sagen, daß es für die Amsterdamer Internationale, besonders aber für die deutschen Gewerkschaften, auf eine solche Aufforderung nur eine Antwort geben kann? „Bitte, nach Ihnen, verehrte Revolutionäre! Sie haben ja eine kommunistische Gewerkschaftsinternationale gegründet. Also zeigt, was Ihr könnt." —

Nach der „Roten Fahne" müßten „ganz besonders die deutschen Arbeiter die Forderung der russischen Gewerkschaften zu der ihren machen". In dem Schreiben des Exekutivkomitees der dritten Internationale an die K. A. P. D. werden die „freien" Gewerkschaften „einfach" mit der Spaltung bedroht. Bei soviel Liebe zu uns dürfen doch die Russen auf Gegenliebe rechnen. Wir fürchten nur, unvoreingenommene Beobachter könnten dann mit Recht sagen, das Verhältnis der deutschen Gewerkschaften zu Rußland gleiche dem Verhältnis der U. S. P. D. zu den Stiefeln blutbefleckter französischer Generale.

Es gehört schon eine eiserne Stirn dazu, die Lage der ungarischen Proletarier mit der Lage Rußlands zu vergleichen. Aber noch unverschämter ist, was die „Rote Fahne" über den Boykott Ungarns durch die Gewerkschaftsinternationale schreibt. Der Boykott wurde angeblich „nicht den ungarischen Proletariern zuliebe" erklärt, „auch nicht, um einen der gefährlichsten Herde der Weltreaktion zu schwächen und womöglich zu vernichten, sondern einzig darum, weil die Busenfreunde von Legien, Jouhaux und Appleton, die reaktionären Gewerkschaftsführer Miakits, Peyer und Konsorten wegen ihrer Teilnahme an der Räteregierung vor die weißen Gerichte der Horthy-Regierung gestellt wurden".

Nach der Logik der „Roten Fahne" ist es also reaktionär, wenn man Mitglieder der Räteregierung vor der Rache der Offiziersbanditen schützt. Wie verlautet, wird in den nächsten Tagen die kommunistische Gewerkschaftsinternationale den Boykott gegen Ungarn auf eine rrrevolutionäre Grundlage stellen und die Mitglieder der Räteregierung für vogelfrei erklären.

Nachdem aber die „Rote Fahne" den Vogel aus dem Busch gelassen hat, darf man wohl, ohne fehl zu gehen, sagen, der gewünschte Boykott gegen Polen soll nicht dem Proletariat zuliebe erfolgen, sondern nur im parteipolitischen Interesse der Kommunisten.

Polen und Rußland befinden sich im Kriegszustand, und jede Parteinahme der deutschen Gewerkschaften bringt den deutschen Arbeitern wie dem gesamten Proletariat keine Vorteile, sondern nur Nachteile.

Carl Lindow.

Der Streik in der Lebensmittelbranche beendet.

Nach kaum vierundzwanzigstündiger Dauer ist der Streik der Angestellten der Lebensmittelbranche beendet worden. Am gestrigen Donnerstag fanden Verhandlungen der beiden Parteien im Reichsarbeitsministerium statt und die Arbeitgeber erklärten sich schließlich nach mehrstündiger Verhandlung dazu bereit, den vom Schlichtungsausschuß seiner Zeit gefällten Schiedsspruch mit kleinen Abänderungen anzunehmen. Eine Versammlung der Angestellten am Donnerstag abend beschloß, den Streik aufzuheben. Am heutigen Morgen wurde bereits in allen Geschäften der Lebensmittelbranche die Arbeit wieder aufgenommen.

Richard Müller als Ankläger der „Freiheit".

Im „Arbeiterrat" richtet Richard Müller einen offenen Brief an die Redaktion der „Freiheit", in welchem er den Vorwurf erhebt, daß das unabhängige Blatt zu dem Konflikt der Berliner Parteifunktionäre auf Errichtung einer selbständigen Räteorganisation nicht Stellung genommen und einen von ihm der „Freiheit" zugesandten Artikel nicht veröffentlicht habe. Der Berliner Rätepapst schleudert die Bannbulle wie folgt gegen die „Freiheit":

„Die Redaktion der „Freiheit" sabotiert jedoch nicht nur den Beschluß der Berliner Parteifunktionäre, sondern erschwert durch ihr Verhalten auch die Einigung zwischen der Gewerkschaftskommission und der Betriebsrätezentrale. Der Redaktion muß bekannt sein, daß heute der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission und morgen die Gewerkschaftskommission selbst zu diesen Fragen Stellung nimmt und zweifellos auch eine Entscheidung fällen werden. Bis jetzt hat die „Freiheit"-Redaktion alles getan, um die Oeffentlichkeit, und damit die Mitglieder der Gewerkschaftskommission, im Sinne einer Annäherung an den Gewerkschaftsbund zu beeinflussen. Sie hat zwar nicht direkt in diesem Sinne geschrieben. „Indem sie jedoch allen Zuschriften und Notizen, die für die Annäherung an den Gewerkschaftsbund sprachen, Raum gab, dagegen den Artikel, der den Beschluß der Berliner Parteifunktionäre rechtfertigte, einfach liegen läßt, und sie selbst keine Stellung zu den Fragen nimmt, wirkt sie in diesem Sinne.

Ein weiteres unerhörtes Verhalten legt die Redaktion der „Freiheit" an den Tag, indem sie Gegnern der Betriebsrätezentrale in der „Freiheit" gestattet, öffentliche Anfragen an mich zu richten, meine Antwort aber tagelang liegen läßt, was den Anschein erwecken muß, als könnte ich auf diese Anfragen keine Antwort finden. Dieses Verhalten könnte man bei politischen Gegnern begreifen, nicht aber begreiflich finden kann man es bei Parteigenossen, denen die Leitung des Parteiorgans anvertraut worden ist.

Seit Wochen beobachten wir das Verhalten der Redaktion der „Freiheit". Sie hat systematisch gegen die Zentrale der Betriebsräte gearbeitet. Ich sehe mich genötigt, das Material der Preßkommission zu übermitteln, halte es aber für meine Pflicht, durch diesen öffentlichen Brief die Berliner Parteigenossen schon jetzt auf das Verhalten der Redaktion aufmerksam zu machen.

In einer Entgegnung sucht die „Freiheit" die Müllerschen Anklagen zu entkräften; sie schließt:

„Ist Müller ein Papst oder ein Heiliger, daß sich ihm niemand mit einer öffentlichen Anfrage nähern darf, und daß schon der des Fegefeuer teilhaftig wird, der dem Lästerer Beihilfe dazu leistet? —

Der angekündigten Anklage vor der Preßkommission sehen wir entgegen.

Daß Richard Müller sich gegenüber der „Freiheit" so mancherlei herausnimmt, ist nicht zu verwundern. Sein Größenwahn hat das unabhängige Blatt mit auf dem Gewissen. Es hat den Wortradikalismus Müllers ja eine beträchtliche Zeit in allen Tönen gelobt. Jetzt bekommt das Blatt die Quittung für seinen Liebesdienst.

Der Verband Deutscher Funkbeamten, welcher die Interessen sämtlicher im Reichs- und Privatdienst sowie in der Schiffahrt beschäftigten Funkbeamten vertritt, nahm auf seinem diesjährigen ordentlichen Verbandstag im Lehrervereinshause zur Lage der im Reichs- und Privatdienst beschäftigten Funkbeamten Stellung. Gegen die Einstufung der Funkangestellten in den Teiltarifvertrag für die Reichsangestellten usw., der ohne Mitwirkung des Verbandes zustande gekommen sei, wurde in einer Entschließung entschieden Einspruch erhoben. Erwartet wird die baldige Klärung der Beschäftigungsverhältnisse der als Postaushelfer tätigen Verbandsmitglieder. Viele der lange Jahre in den verschiedenen Funkbetrieben beschäftigten Funkbeamten, werden immer noch im Reichstelegraphendienst unzweckmäßig verwendet, während der Funkdienst nachweisbar unter dem Mangel an Fachpersonal leidet.

Die Vertreter der Großfunkstellen erheben besonders Klage darüber, daß die seit dem 1. April zugesagte Neuregelung der Gehälter noch nicht zu erreichen war. Eine Klärung soll nunmehr mit allen gewerkschaftlichen Mitteln angestrebt werden.

Der Verbandstag, der von der wieder langsam einsetzenden Schiffahrt eine Besserung der Lage der Privatfunkbeamten erhofft, forderte schließlich den korporativen Anschluß an den in der Bildung begriffenen Weltbund der Funkbeamten. Die mit ausländischen Fachvereinigungen bereits aufgenommenen Beziehungen sollen mit Nachdruck diesem Ziele dienstbar gemacht werden.

Der Vorstand wurde ersucht, sich einen Einfluß auf die Gestaltung auch der funkgesetzlichen internationalen Bestimmungen zu sichern.

Johann Meyer, ein alter Mitkämpfer des Bergarbeiterverbandes, ist kürzlich in Garmisch-Partenkirchen (Oberbayern) verstorben. Die Nachricht vom Tode Meyers rührt das Andenken an die wütendste Verfolgungsperiode der freien Gewerkschaftsbewegung im Rheinlande und Westfalen auf. Die beiden bekanntesten Opfer des damaligen Essener Meineidsprozesses, Schröder und Meyer, mußten bekanntlich jahrelang durch die meineidige Aussage des Gendarmen Münter ins Zuchthaus wandern. Im Wiederaufnahmeverfahren, für das sich Justizrat Dr. Niemeyer einsetzte, da er von der Unschuld der „Zuchthäusler" vollkommen überzeugt war, wurde zwar die Freisprechung erreicht, aber besonders Meyer hatte an seiner Gesundheit so gelitten, daß aus dem einstigen Hünen fast eine vollständige Ruine geworden war. Nun ist er von seinen Leiden erlöst. Der Allbezwinger Tod zieht hier einen Schlußstrich unter eine Tragödie aus der kapitalistischen Verfolgungswut.

Herr Dr. Otto sendet uns zu der vom Zentralverband der Angestellten in der Donnerstagmorgen-Nummer des „Vorwärts" veröffentlichten Mitteilung eine Erklärung, worin in Abrede gestellt wird, daß er den Angestellten der Firma Tamaschke gesagt habe: „Der Arbeitgeberverband wird dafür Sorge tragen, daß die Angestellten, die Donnerstag früh in den Streik treten, gekündigt werden und man auch Mittel und Wege finden wird, diese Angestellten unmöglich zu machen".

Wahr sei, daß er, Herr Dr. Otto, im Auftrage der Firma Tamaschke und in seiner Eigenschaft als Vertreter und tariflicher Sachverständiger des Reichsverbandes Deutscher Feinkost-Kaufleute mit den Angestellten dieser Firma verhandelt habe.

Unwahr, daß er Syndikus des Reichsverbandes sei und daß er in dieser Eigenschaft an den Verhandlungen der Firma Tamaschke teilgenommen habe.

Er habe die Angestellten auf die Möglichkeit hingewiesen, daß die Arbeitgeber sich veranlaßt sehen könnten, die Angestellten wegen beharrlicher Arbeitsverweigerung fristlos zu entlassen, gemäß § 72 des H.G.B., und auch die Behauptung, man würde Mittel und Wege finden, diese Angestellten unmöglich zu machen, entspreche nicht der Wahrheit.

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Sonnabend, den 24. Juli, abends 7 Uhr, Lehrervereinshaus, Alexanderplatz, öffentliche Versammlung der Katasterzeichner und Katasterassistenten. — Sonntag, den 25. Juli, vormittags 9 Uhr, Bundeshaus, Werftstr. 7, Tagung der Fachgruppe Katasterwesen.

Wirtschaft

Deutsche Wirtschafts-Aktien-Gesellschaft.

In engster Fühlung mit der Reichsbank wird in den nächsten Tagen ein Unternehmen ins Leben gerufen werden, das die Firma: Deutsche Wirtschafts-Aktiengesellschaft führt und die Aufgabe haben soll, notleidenden Industrien, insbesondere der Textilindustrie, zu helfen. Diese Hilfe soll erfolgen durch Gewährung von Kredit und Uebernahme des Valuta-Risikos.

Das Gesellschaftskapital beträgt 100 Millionen Mark. Außer dieser Summe aber werden der Gesellschaft zur Verfügung gestellt die Fonds, welche die Kriegsgesellschaften der Industrie aufzuweisen haben und die satzungsgemäß dem Reiche gehören. Diese Fonds sollen also wieder werbend und helfend für die Industrie eingesetzt werden.

Die Steuerpolizei.

Um zu zeigen, wie dringend notwendig die Schaffung einer Steuerpolizei ist, veröffentlicht die „Voß" folgende Beispiele:

„Ein Berliner Großhändler hat in einem entfernteren Kreise ein Rittergut und dort auch seinen steuerlichen Wohnsitz. Der stattliche Landbesitz, den er jetzt zum Preise von 4½ Millionen Mark zum Verkauf angeboten hat, bringt nach der letzten Steuererklärung keinerlei Gewinn. Im Gegenteil: der arme Besitzer des 4½-Millionengutes muß von seinem Berliner Einkommen aus Gewerbebetrieb noch angeblich einen sehr hohen Zuschuß leisten. Er belastet ferner das Unkostenkonto seines Berliner Unternehmens mit großen Zahlungen an fingierte Personen, hat zwei Bilanzen, eine für den Fiskus, die andere für seinen Teilhaber, und ist einer der größten Schieber auf dem Berliner Lebensmittelmarkt. Eine Anzahl Läden und Wohnungen, jede unter einem anderen Namen, dienen als Unterkunftsräume für seine Schleichhandelsware.

Gleiche Gerissenheit zeigen viele mittlere und Kleingewerbetreibende, die, da sie nicht zu kaufmännischer Buchführung verpflichtet sind, durchschnittlich nur ein Viertel ihres Einkommens versteuern. Ein typischer Fall, der in diesen Tagen ermittelt wurde. Ein Straßenhändler kauft sieben Zentner Kirschen für 1,40 M. das Pfund und verkauft sie zu 3 M. für das Pfund. Also ein — an sich schon unberechtigter — Reinverdienst von 1120 M. bei einem Tagesumsatz von 2100 M., von dem die Steuerbehörde nichts erfährt. Das von ihm angegebene Jahreseinkommen beläuft sich noch nicht einmal auf das Zehnfache dieses Tagesverdienstes.

Ein anderer Händler schätzt sein Betriebsvermögen auf 15 000 M. Durch genaue Nachprüfung wurde der fünffache Betrag und außerdem noch Grundbesitz festgestellt.

Mit gutem Erfolg hinterziehen auch Bars, Luxuslokale und ähnliche Unternehmungen Steuern. Gelegentlich gewisser Nachforschungen aus anderem Grunde wurde in den Gaststätten ermittelt, daß deren Riesenumsätze Reingewinne brachten, die in einem Monat das angegebene Jahreseinkommen um ein Vielfaches übertrafen.

Ein städtischer Verkaufsvermittler der Zentralmarkthalle versteuert aus Gewerbe und Grundbesitz über 100 000 M. Nebenbei betreibt er aber noch unter einer Deckfirma eine Böttcherei mit 150 Gesellen und einen großen Kraftwagenhandel. Er hat zwecks Steuerhinterziehung große Summen in ca. 80 Luxus- und Lastkraftwagen angelegt, die zur geeigneten Zeit mit großem Gewinn veräußert werden. Die Kriegs- und Revolutionszeit haben es mit sich gebracht, daß heute zahlreiche Personen neben ihrem Hauptberufe einen Nebenberuf haben, der ihnen i re wirklichen Einnahmen bringt und den Steuerbehörden ein Geheimnis bleiben soll."

Wir glauben, daß neben den 60 000 Steuerbeamten auch eine zahlreiche und kostspielige Steuerpolizei nicht viel Erfolg erzielen wird gegenüber den Millionen von kleineren und größeren kaufmännischen Genies auf diesem Spezialgebiet. Wir segeln mit aufgeblähten Segeln in die freie anarchische Schwindelwirtschaft hinein, in der die Steuerhinterziehung zur vollsten Entfaltung gelangen wird, zumal der neue Steuerapparat so ungeheuer kompliziert geworden ist, daß sich kaum noch irgend ein Mensch darin überhaupt auskennt. In einer organisierten Wirtschaft wird der ganze Riesensteuerapparat hinfällig und damit der gröbliche Schwindel und Betrug, wenn auch nicht völlig ausgerottet, so doch auf ein Minimum eingedämmt werden.

Gegen die hohen Winterkartoffelpreise nahm der Oldenburger Landtag Stellung. Bei Besprechung einer sozialdemokratischen Anfrage über Senkung der hohen Kartoffel- und Fleischpreise erklärte der Ministerpräsident als allgemeine Auffassung des Landtags, daß ein Preis von 15 bis höchstens 20 Mark pro Zentner für Herbstkartoffeln an den Produzenten durchaus angemessen sei. Die Reichsregierung müsse sich in bezug auf den festgesetzten Kartoffelpreis von 30 Mark an den Produzenten selbst wieder korrigieren. In gleicher Weise müssen niedrigere Fleischpreise festgesetzt werden, derselbe dürfe 6,50 bis 7,— M. pro Pfund für den Konsumenten nicht übersteigen. Die Oldenburger Regierung werde von neuem entsprechende Anträge bei der Reichsregierung stellen.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Schon seit 50 Jahren liefere ich Möbel Gardinen / Tüllbettdecken / Tischdecken Bettlaken gegen bar und auf Teilzahlung z. denkb. günst. Bedingung. Barthel Zorndorfer Str. 84.

Kasten-, Leiterwagen Nordflug, Wilhelmstrasse 42a.

Elektro-Motore Leitungs-Dynamo-Drähte, Installat.-Material kauft laufend Elektromech.-Zentrum. (Alex. 1762). Kurze Str. 18 (Alex.-Pl.).

Verkäufe

Preßtorf und Zementsteine liefert Pring, Britzerstr. 38a.

Wandsitz. Quadratmeter 20 Mark, 100 Mark Anzahlung. Hülsen, Steglitz, Wrangelstr. 11. Fernsprecher Steglitz 2894.

Junge Schäferhunde, Seltenheit, spottbillig. Blücher, Baghagenerstr. 6. 82/7

Dezimalwagen, Tafelwagen, Gewichte liefert ab Vorrat. Wagner, Köpenickerstraße 71.

300 Mark und mehr sparen Sie beim Kauf von Jackettanzügen, Cutaways, Paletots, Kostümen, Mänteln. Sonderangebot: Pelzwaren aller Art, jetzt auffallend billig, im Leihhaus Moritzplatz 58a.

Bessere Jackettanzüge, Cutawayanzüge, Gehrockanzüge, Jünglingsanzüge, Ulster, Sommerpaletots, gestreifte Kammgarnhosen, verkauft spottbillig Lust, Reichenberger Straße 16, vorn 1, direkt am Kottbuser Tor. Hoch- und Straßenbahn-Endstation. K*

Herumgesprochen haben sich unsere billigen Preise. Schlafzimmer, Eichen-Speisezimmer und Herrenzimmer 2275, 2450, 3115 Mark. Wohnzimmer 1388 Mark. Kücheneinrichtungen, Einzelstücke, Gelegenheitskäufe, Franko-Lieferung auch außerhalb. Höffner, Möbelhäuser, Berlin N., Veteranenstraße 11—18. 113/6

Möbel

Möbel in Nußbaum, Mahagoni, Eiche, für kleinere Wohnungen, auch einzelne Stücke sehr billig, nur in Kamerlings Möbelhaus, Kastanienallee 56 (am Weinbergsweg), enorme Auswahl. 1387b*

Musikinstrumente

Pianos, Stutzflügel, Harmoniums, gebrauchte und neue Instrumente, Reparaturen und Stimmungen. Max Rhom, Münzstraße 16. 1892

Bierling-Pianos, neue, gute gespielte, wohlfeile Gelegenheiten. Kottbuserstr. 8. 752*

Zur bevorstehenden Ferien- und Reisezeit ist für alle einschlägigen Geschäfte der VORWÄRTS das vorteilhafteste Insertionsorgan

Einzelspielte Mandolinen, Violinen, Gitarren, Lauten, äußerst billig. (Unterricht 30.— Monatshonorar. Dreimonatskurse zur perfekten Ausbildung.) Mund- und Handharmonikas usw., gebrauchte Klaviere, Harmoniums verkauft Berger u. Co., Oranienstr. 186. 136R

Fahrräder

Damenfahrräder, Herrenfahrräder, 385, Motorzweirad, 1300, Fahrradgummis, Zubehör preiswert. Kämmerelt, Große Frankfurterstraße 14, Hof. *

Kaufgesuche

Restaurant, kleines oder bürgerliches Café, Zentrum, Telephon, Wohnung (Wohnungstausch) kauft Prager, Große Frankfurterstr. 71. 82/6

Kriegsanleihe, Wertpapiere, Pfandscheine kauft, beleiht Langs, Berlin, Oranienstraße 145. *

Entlassungsanzüge, Paletots, Hosen (neu) kauft Seldner, Linienstraße 243. 1734G*

Armee-Pistolen, 9 Millimeter, kauft zu höchsten Preisen Kirstein, Linienstr. 50. *

Zahngebisse, Platinabfälle, Goldbruch, Silberbruch, Kupfer, Messing, Blei kauft Chausseestraße 110, Portal I, Invalidenstraße. 175K*

Parabellum- und andere Pistolen kauft Frant, W 8, Markgrafenstr. 50. *

Browning und andere Pistolen kauft Frant, W 8, Markgrafenstraße 50. *

Unterricht

Heinrich Maurers Privat-Zuschneideschule, Alexanderplatz (Eingang Königsgraben). Tages-, Abendkurse. Herren-, Damenschneiderei, Wäsche, Putzkurse, Schnittzeichnen, Zuschneiden, Nähkurse, Schnittmuster. Fernsprecher: Königstadt 889.

Verschiedenes

Damm, Detektive, Norden 7212, Invalidenstr. 38. Auskünfte, Beobachtungen, Verbrechen-Bearbeitung. 1749*

Frauenleiden aller Art erfolgreiche Behandlung, unentgeltliche und diskrete Untersuchung. Bertulat, Chausseestraße 1 I. 178K

Nebenverdienst bis 1000 Mark monatlich leicht zu Hause ohne Vorkenntnisse. Näheres auf briefliche Anfrage durch Wehrel u. Co., G. m. b. H., Lichterfelde, Postfach 220. 100/17*

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Kontoristin, Anfängerin, 15—16 Jahre alt, mit guter Handschrift gesucht. Wohnung Westen. Bewerbungen schriftlich. Oskar Böttcher, Bülowstraße 56. 1723G